

Lichtenstein-Gallberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Tageblatt für Gohndorf, Ködlich, Bernsdorf, Kösdorf, St. Egidien, Heinrichsdorf, Marienau, Neudörfel, Ortmannsdorf, Müllen St. Nicola, St. Jacob, St. Michael, Slangendorf, Thurm, Niedermüllen, Kubchnappel und Lischheim

Amtsblatt für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Älteste Zeitung im

Amtsgerichtsbezirk

Nr. 24.

Hauptinfektionsorgan im Amtsgerichtsbezirk.

69. Jahrgang. Donnerstag, den 30. Januar.

Verbreitetste Zeitung im Amtsgerichtsbezirk.

1919.

Lichtenstein.

Ältester Käse, D. S. M. R. Abschnitt 39. 90 Gramm - 60 Pf. Dietrich Nr. 1-724, Koch Nr. 725-1233, Wagner Nr. 1334-1791, Weiß Nr. 1792-Ende.
Grosch, S. M. R. A. Abschnitt A 1. 100 Gramm 10 Pf.

Bekanntmachung.

Die Auszahlung der Kriegsfamilienunterstützung erfolgt diesmal bereits am Donnerstag, den 30. Januar 1919, vormittags von 9-12 Uhr. Stadtrat Lichtenstein, am 29. Januar 1919.

Einladung zur öffentlichen Sitzung des Stadtverordneten-Kollegiums

am Donnerstag, den 30. Januar 1919 abends 7 Uhr in der Gastwirtschaft „Stadt Dresden“ Lichtenstein, am 28. Januar 1919.

Der Stadtverordnetenvorsteher: Max Endersfelder.

Tagesordnung:

1. Einführung der neu gewählten Stadtverordneten.
2. Wahl des Vorstehers und dessen Stellvertreter.
3. Wahl von Stadträten.
4. Wahl und Besetzung der gemischten Ausschüsse.

Ausgabe von Brotmarken-Bezugskarten in Gallberg.

gegen Rückgabe der alten Karten auf dem Rathaus, Donnerstag, den 30. Januar 1919. Reihenfolge:

Haus-Nr.	5 bis 46	vormittags 8 bis 9 Uhr
47	93 C	9 " 10 "
93 D	112	10 " 11 "
116 E	180	11 " 12 "
181	216	nachmittags 2 " 3 "
217	222 E	3 " 4 "

Ausgabe der Brotmarken

erfolgt Freitag, den 31. Januar 1919 nur vormittags 8-12 Uhr.

Ausföndigung der Karten und Marken an Kinder erfolgt nicht!

Blodwurf für Bergleute

7 Pf. für 1.40 Mt. Freitag, den 31. Januar vormittags 8 bis 10 Uhr gegen Lebensmittelkarte A.

Ordnungsbüro für Gallberg.

Bezirksverband. Nr. 113. B.

Kaffee-Ersatzmittel.

Die Befreiung der Marke 3 über 1/2 Pfund Kaffee-Ersatzmittel kann sofort erfolgen. R. S. 50 R.

Herabsetzung der Kartoffelration.

Auf Anordnung des Herrn Staatssekretärs des Reichernährungsamts wird vom 3. Februar 1919 ab einheitlich im ganzen Reich
1. die wöchentliche Kartoffelration der Versorgungsberechtigten von 7 Pfund auf 5 Pfund
2. die tägliche Kartoffelration der Selbstversorger mit mehr als 200 qm Kartoffelbaufläche von 1 1/2 Pfund auf 1 Pfund herabgesetzt.

Vom 3. Februar ab sind die blauen Wochen-Kartoffelmarken demnach nur noch mit je 5 Pfund zu beliefern.

Die Herabsetzung der Ration gilt auch für die Personen, die sich zeitweise eingebürgert haben.

Als Ersatz für den der Versorgungsberechtigten Bevölkerung hierdurch entstehenden Mangel wird vom gleichen Tage an die wöchentliche Fleischration für Personen über 6 Jahre auf 250 Gramm und für Kinder bis 6 Jahre auf 125 Gramm erhöht.

R. S. Nr. 36 B.

Neue Seifenarten.

Die geltenden Seifenarten laufen diesen Monat ab, die neuen, die in diesen Tagen durch die Dräbelbröden zur Ausgabe gelangt, gelten für weitere 6 Monate: Februar-Juli 1919.

Hinsichtlich der Befreiung von Feinseife und Seifenpulver bleiben die bisherigen Bestimmungen in Kraft.

Die Seifenarten gelten unabhängig vom Orte der Ausstellung an allen Orten des Reiches.

Blauhaan, den 27. Januar 1919.

Amthauptmann Schr. v. Weid.

Realgymnasium mit Realschule

— Reformlehranstalt mit gemeinsamem Unterbau — zu Glauchau.

Anmeldungen für die Osteraufnahme werden von dem Rektor in seinem Amtszimmer am 3., 4. und 5. Februar von 12-1 und 5-6 Uhr entgegen genommen. Beizubringen sind Geburts- oder Taufzeugnis, Impf- (Weberimpf-)schein und letzte Schulzeugnisse. Bei Konfirmierten auch der Konfirmationschein. Aufnahmeprüfung am 28. April von 8 Uhr vormittags ab.

Kurze wichtige Nachrichten.

* „Daily Mail“ meldet aus Petersburg indirekt: Ein Sowjet machte der Volkskommissar für Petersburg bekannt, daß zwischen der Sowjet-Regierung und den Spartakusanhängern in Deutschland ein förmliches Offensivbündnis abgeschlossen wurde. Dieser Kadel weisen noch immer einige Duzend Sowjetvertreter auf deutschem Boden, wo der Kampf um die Sowjets bald in sein zweites Stadium treten werde.

* Nach einer finnischen Meldung wurden in Helsinki Angestellte der deutschen Gesandtschaft aus unbekanntem Gründen von finnischen Behörden verhaftet.

* An der Spitze der provisorischen Reichsgewalt, deren Einsetzung nach dem Beschluß des bundesstaatlichen Ausschusses der Nationalversammlung vorbeschlagen werden soll, wird ein vorläufiger Reichspräsident stehen. Der Eröffnung der Sitzung der Nationalversammlung in Weimar am 6. Februar werden bereits vom 4. Februar ab Beratungen und Beschlusssitzungen vorangehen.

* Auf der Bahnstrecke von Varel nach Wilhelmshaven streift sämtliches Bahn- und Telegraphenpersonal, um die kommunistischen Unruhen in Wilhelmshaven zum Stillstand zu bringen. Auch die Marine hat sich dem Streik angeschlossen. Die Unruhen haben auch nach Westerbode und Nordenham übergegriffen.

* Wie „Temps“ berichtet, hat der Regierungskommissar für das Gebiet von Metz angeordnet, daß

alle Güter Wilhelmshaven in Elsaß-Lothringen einzuziehen sind. Es handelt sich um das Schloss Urville und das daran anschließende Gut Les Menils.

* Die Wiener „Neue Freie Presse“ meldet die Befreiung von Teichen durch Tschechen, nachdem bei einem Kampf mit Polen diese zurückgeworfen waren und über 70 Gefangene und 300 Verwundete und Tote auf dem Kampfplatz zurückgelassen hatten.

* Die Berliner Industrie ist höchstens noch eine Woche mit Kohlen versehen, und bei den Privatverbraufern ist die Not noch größer.

* In Weimar tagte eine Konferenz der Finanzminister, um neue Steuerquellen für das Reich ausfindig zu machen.

* Die Kaiserliche deutsche Gesandtschaft erreichte nach vielen Gefahren jetzt die deutsche Grenze und ist in Sicherheit.

* Die Schüler der Bremer höheren Schulen veranstalteten eine Sympathie Kundgebung für den Kaiser als Person, wobei es zu Prügeln zwischen Schülern und Soldaten kam.

Sachsen und die Neuordnung im Reiche.

Eine Regierungserklärung.

Die „Sächsische Staatszeitung“ schreibt: In der letzten Woche ist in der Presse wiederholt die Frage erörtert worden, ob Sachsen durch Zusammenschluß mit anderen Gebietsstellen des Deutschen Reiches sich an der Bildung eines größeren Freistaates beteiligen sollte. Diese Betrachtungen und

die Wiedergabe eines Gesprächs, das der Vertreter einer großen Zeitung mit dem Volksbeauftragten für das Ministerium des Innern über diesen Gegenstand hatte, haben leider zu der Vermutung Anlaß gegeben, als verfolge man in Sachsen eine „Einverleibungspolitik“.

Wir legen Wert darauf, festzustellen, daß auch die jetzige sächsische Regierung nicht im entferntesten daran denkt, sich in die inneren Verhältnisse Preussens oder eines benachbarten Staates irgendwie einzumischen. Daß die Möglichkeit zur Neubildung von größeren Freistaaten zu gelangen, in Deutschland zurzeit allgemein erörtert wird, ist bekannt und hat seinen unmittelbaren Anlaß in der Denkschrift des Staatssekretärs des Innern zur Verfassungsfrage, die diesen Punkt zur öffentlichen Diskussion stellt. Selbstverständlich prüft man auch in Sachsen, wie man sich solchen Möglichkeiten gegenüber zu verhalten hätte, und untersucht die wirtschaftlichen Zusammenhänge, die über die sächsischen Grenzen hinüberreichen. Man ist sich aber an allen verantwortlichen Stellen dessen vollumfänglich bewußt, daß nur, wenn sich die Wünsche überwiegender Mehrheiten des Volkes von beiden Seiten begegnen, solche Neubildungen überhaupt in Betracht kommen, und zwar niemals als einseitiger Anschluß, sondern als freier Zusammenfluß. Daß das Reichsamt des Innern die Frage in Ruhe gebracht hat, beweist doch wohl zur Genüge, daß die Staatshoheit und das Selbstbestimmungsrecht der Einzelstaaten hierdurch nicht beeinträchtigt werden, und es sollte kaum der Erklärung bedürfen, daß die Bundesstaaten solche Fragen nur im beiderseitigen Einvernehmen lösen werden.